Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 23. | Dresden, Mittwoch den 29. Januar 1913. | 24. Jahrg.

Der Hamburger Segler Pangani wurde von einem Dampfer überrannt. 30 Mann der Besatzung werden vermißt.

Die Londoner Suffragetten beantworteten die Zurückziehung der Wahlrechtsbill mit neuen Streichen.

In Petersburg traten 12000 Arbeiter der Putilow-Werke in den Streik.

Taalar Bei hat sich nach der Tschataldschalinie begeben, um den im Offizierkorps ausgebrochenen Zwist zu schlichten.

Der Gewerkschaftskampf der Aerzte.

Die Tendenzen der modernen Entwicklung erhalten einen sichtbaren Ausdruck in den Kämpfen jener deutschen Aerzte, die im Leipziger Verband durch Streiks, Boykott und Verrufserklärung angeblich für ihre Berufsinteressen kämpfen. Denn dieser Kampf richtet sich im wesentlichen gegen den Sozialisierungsprozeß, dem die Aerzte unterworfen sind und den diese aufhalten möchten. Die Bezeichnung „Gewerkschaftskampf", die Dr. Theodor Plaut in einem soeben erschienenen, 246 Seiten starken Buche über die Geschichte und das Wesen der ärztlichen Kämpfe anwendet,* ist aus diesen und anderen Gründen nicht ganz zutreffend, kann aber dennoch beibehalten werden: führen doch die organisierten Aerzte den Kampf mit ganz denselben Mitteln wie die Gewerkschaften. Das Wesen der Kämpfe der Aerzte ist aber grundverschieden von dem der Arbeiter. Und Plaut, der in seiner interessanten und fleißigen Arbeit meistens recht einseitig für die Aerzte Partei nimmt und von einzelnen Kämpfen eine tendenziöse Darstellung gibt, erbringt durch sein reichhaltiges Material doch auch den Beweis, daß die Aerzte durch die Entwicklung der modernen Krankenkassen und der Sozialversicherung im allgemeinen keinesfalls benachteiligt worden sind, sie im Gegenteil der Sozialversicherung, dem Kassenwesen gerade ihre Besserstellung zu danken haben. Außerdem nehmen die meistens gegen Arbeiter kämpfenden Aerzte in ihrem „Gewerkschaftskampfe" eine bevorzugte Stellung ein, für die Plaut eine große Anzahl Belege bringt.

Daß es auch ein ärztliches Proletariat gab und noch gibt, daß die wirtschaftliche Lage eines großen Teils der deutschen Aerzte am Ausgange des vorigen Jahrhunderts, also vor Gründung des Leipziger Verbandes, eine wenig beneidenswerte war, wird von keiner Seite bestritten. Aber das lag daran und ist auch heute noch die einzige Ursache des Aerzteproletariats, daß die Krankenversicherung noch nicht alle minderbemittelten Kreise, d. h. auch die Familienmitglieder, umfaßt, dieser besitzlose Teil des Volkes aber auch nicht die Mittel hat, den Arzt zu bezahlen. Plaut kann aus persönlichen Erinnerungen mitteilen, daß vor 1900 die Aerzte allgemein klagten: Starb der Patient, so erhielt der Arzt schwerlich Honorar; blieb er am Leben, so häufig auch nicht, weil die Dienste vergessen wurden und im Notfalle ein anderer Arzt zur Verfügung stand. Klagte der Arzt, konnte er in eine andere Stadt auswandern, denn einmal war es unstandesgemäß, sodann verlor er auch seine gesamte Praxis. Das ist zum großen Teil erst durch die Krankenkassen anders geworden, während früher die Aerzte allgemein mit großen Verlusten rechnen mußten. Und der einzige Weg, diesen Uebelstand ganz zu überwinden, ist die allgemeine Versicherung der Familienangehörigen! Die 32 835 Aerzte, die im Jahre 1911 in Deutschland vorhanden waren, bedeuten keineswegs eine unnatürlich große Zahl. Denn auf 10 000 Bewohner kommen immer erst nur 5,06 Aerzte, gegen 3,96 im Jahre 1880, was zu wenig erscheint, zumal ja auch ein nicht geringer Teil dieser Aerzte Spezialärzte sind, die sich in großen Städten oder Kurorten niedergelassen und im wesentlichen besitzende Kreise zur Kundschaft haben. Im Jahre 1910 waren z. B. in Dresden 44,2 Prozent der Aerzte Spezialärzte; in Stuttgart 42,9 Prozent, in Leipzig 41,9 Prozent, in Frankfurt a. M. 41,6 Prozent usw. Auf dem flachen Lande besteht aber immer noch ein großer Mangel an Aerzten. Während in Wiesbaden auf 10 000 Einwohner 22,6 Aerzte kommen, in München 16,6, in Groß-Berlin 12,3, in Frankfurt a. M. 11,5, in Dresden 9,2, müssen sich die Orte unter 5000 Einwohnern mit 2,4 Aerzten auf 10 000 Bewohner begnügen. Mit der Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Familienmitglieder der heute Versicherten würde die Nachfrage nach Aerzten sicher gewaltig steigen. Und die Krankenkassen bieten den Aerzten ein festes und sicheres Einkommen.

Der Kampf der Aerzte richtet sich aber gerade gegen die Kassen und die Versicherungseinrichtungen im allgemeinen. Wie zahlreich diese Kämpfe sind, zeigt folgende Zusammenstellung der Konflikte nach dem Geschäftsbericht des Generalsekretärs des Leipziger Verbandes:

Im Geschäftsjahr	1900 bis 1901	1901/02	1902/03	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1900 bis 1911
a) wurden Konflikte geführt	210	177	191	244	278	235	210	181	—			
b) neue kamen hinzu	210	108	129	148	159	113	82	75	1022			
c) wurden Konflikte erledigt	141	115	98	132	153	107	104	91	941			
d) wurden Konflikte gewonnen	137	111	95	124	151	107	104	91	921			
e) wurden Konflikte verloren	4	4	3	8	2	—	—	—	11			
f) blieben Konflikte unerledigt	69	62	96	114	122	128	106	90	—			

Die Aerzte können sich also rühmen, in ihren „Lohnkämpfen" fast immer mit einem Erfolg abzuschneiden. Von 1022 Kämpfen gingen nur 11 verloren, was jedenfalls zeigt, daß sie es nicht mit borniierten, eigensinnigen Kapitalisten, sondern mit Arbeitern zu tun haben, die stets zum Entgegenkommen bereit sind. Aber die Aerzte dürfen sich auch erlauben, das Streikrecht für sich in Anspruch zu nehmen, ohne unter die Gewerbeordnung zu fallen und sich in deren Maschen verstricken zu können. Während die Arbeiter wegen Verrufserklärung schwer bestraft werden, können die Aerzte wegen dieses Vergehens nicht belangt werden. Die Aerztekammern und die ärztlichen Ehrengerichte bieten aber auch Handhaben, jeden Arzt, der sich dem Willen seiner Kollegen nicht beugt, wirtschaftlich, d. h. beruflich, zu vernichten, die keiner Arbeiterorganisation zur Verfügung stehen oder zugebilligt werden. Die Anerkennung des Streikrechts der Aerzte erfordert deshalb auch die Gleichstellung der Aerzte mit den Arbeitern: ihre Unterstellung unter die Gewerbeordnung und die Beseitigung der ärztlichen Ehrengerichte. Die Aerzte vertreten gewiß auch manchmal berechtigte Forderungen, und sie haben dann stets die Unterstützung der Sozialdemokratie gefunden. Aber im Leipziger Verband wird im wesentlichen für ein Ziel gekämpft, das nicht einfach die wirtschaftliche und rechtliche Besserstellung der Aerzte bedeutet, sondern aus einem besonderen Standesdünkel, aus einem gewissen Herrenbewußtsein heraus zu erklären ist. Dr. Plaut bestätigt das, indem er die Abhängigkeit der Aerzte von den Kassen zu den Klagen der Aerzte zählt und dann sagt: „Hierbei ist zu betonen, daß die Kassenvorstände Sozialdemokraten und Arbeiter sind und die Aerzte ihre Untergebenen; demnach sind solche Leute hier in leitender Stellung und Arbeitgeber der Aerzte, die sonst im Leben als von der Bourgeoisie abhängig gelten, und in denen gewiß viele Aerzte von Rechts wegen unter ihnen Stehende sehen."

Jedenfalls spielt diese Tatsache in den „Gewerkschaftskämpfen" der Aerzte eine große Rolle. Ihre Sozialisierung werden die Aerzte aber dennoch nicht aufhalten können. Und allein die Tatsache, daß von einem Gewerkschaftskampf der Aerzte gesprochen werden kann und dieser nun eine große wissenschaftliche Bearbeitung gefunden hat zeigt, daß auch für die Aerzte die „Götterdämmerung der individualistischen Produktion" angebrochen ist!

* Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen, Heft 14. Der Gewerkschaftskampf der deutschen Aerzte. Von Dr. Theodor Plaut. Karlsruhe. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. 1913.

Umschmeicheln wir das Ausland?

gl. So oft unsre Gegner Kritik an der Sozialdemokratie zu üben versuchen, erwecken sie immer von neuem Erstaunen über die Mangelhaftigkeit ihres Verständnisses für die proletarische Bewegung. Das zeigt sich auch wieder im Verlauf der weitschichtigen sozialpolitischen Auseinandersetzungen anläßlich der Reichstagsdebatte über den Etat des Reichsamts des Innern. Nicht nur wurde in der üblichen Weise die ganze proletarische Bewegung als das künstliche Machwerk einer Anzahl berufsmäßiger Hetzer hingestellt; auch Auslandsverherrlichung wurde uns wieder vorgeworfen. Es war niemand anders als der Staatssekretär Dr. Delbrück, der seine allgemeine Anschuldigung, daß die Sozialdemokratie den sozialpolitischen Fortschritt durch ihre grundsätzliche Opposition behindere, auch noch mit dem Vorwurf der Auslandsumschmeichelung würzte, indem er sagte:

„Meine Herren, Sie haben keinen Anlaß, sich über das, was auf sozialpolitischem Gebiet bei uns geschehen ist, zu beklagen. Aber auch hier wieder erschweren Sie die Entwicklung, indem Sie immer wieder geneigt sind, das Ideal im Auslande zu suchen und das Ausland auf Kosten Ihres Vaterlandes zu loben und zu umschmeicheln — ich will mich nicht schärfer ausdrücken."

Wenn Herr Delbrück mit dieser Schlußwendung sich den Anschein feinfühliger Rücksichtnahme uns gegenüber zu geben versuchte, indem er auf einen stärkeren Ausdruck als „umschmeicheln" verzichten zu wollen erklärte, so verstärkt er in Wirklichkeit den Vorwurf ins Unbegrenzte, denn was für ein abscheulich niedriges Benehmen muß das gewesen sein, wenn der edle Patriot im Ministerfrack sich geniert, einen stärkeren Ausdruck als Umschmeicheln darauf anzuwenden!

Nun sollte man meinen, der Herr Staatssekretär hätte für seine Anschuldigung auch Beweise beigebracht. Weit gefehlt! Er hat wiederholt das Wort genommen, doch nicht eine einzige Tatsache hat er angeführt, auf die sich jener Vorwurf hätte stützen können. In seiner Zurückweisung kann man deshalb auch nur allgemein das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie dem Ausland gegenüber erläutern unter der Berücksichtigung von Anwürfen, mit denen andere Gegner von einer Staatsmännischkeit gleichen Kalibers wie Herr Delbrück uns seit geraumer Zeit beehrt haben.

Zunächst gibt unser Bestreben, die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu Reformen auf allen Lebensgebieten zu drängen, wiederholt Anlaß zu lobender Anführung ausländischer Einrichtungen. Soll irgendeine Einrichtung neu geschaffen, oder eine bestehende verbessert werden, so sind für die Empfehlung der Reform zwei Wege naturgemäß geboten, die auch beide stets beschritten werden: man sucht durch sachliche Erörterungen den Nachweis der Verbesserungsbedürftigkeit zu erbringen und man führt andere bereits bestehende Einrichtungen als Beispiel an. So verfahren alle Parteien, so verfährt auch die Regierung bei ihren Vorlagen und Gesetzentwürfen stets und ständig. Nicht anders auch die Sozialdemokratie. Wir müßten doch arge Toren sein, wenn wir uns bei der Empfehlung irgendeiner wirtschaftspolitischen oder staatsrechtlichen Einrichtung den Hinweis entgehen ließen, daß sie anderswo bereits besteht, oder besser geregelt ist als bei uns. Das wirkt wie Anschauungsunterricht und zerbricht außerdem das beliebte Gegenargument aller Fortschrittsfeinde und Bedenkenschmiede, die Neuerung lasse sich ja doch nicht durchführen.

Soll etwa solch Hinweis auf bessere Einrichtungen des Auslandes eine Umschmeichelung der Fremde sein? Sollen wir das Bessere im Auslande totschweigen und nur hervorheben, was uns dort mißfällt, um den deutschen Michel einzulullen mit dem Eiapopeia der Selbstzufriedenheit? Man kann Herrn Delbrück leider zutrauen, daß er auf ein solches Verfahren hinarbeitet, denn an einer andern Stelle seiner Rede hat er betont, „daß wir allen Anlaß haben, mit unsern heimischen Verhältnissen zufrieden zu sein". Nun, die Herren Staatssekretäre und, wer sonst noch hohe Stellen in Staat und Reich bekleidet, sowie die agrarischen und großindustriellen Nutznießer unserer Wirtschaftspolitik mögen allen Anlaß zur Zufriedenheit haben, die große Masse des Volkes hat mehr als genügenden Grund zur Unzufriedenheit mit unseren Zuständen.

Es ist auch nicht einmal richtig, daß durch die Anlobung ausländischer Einrichtungen Deutschland ein Unrecht angetan wird. Das Gute, was sich zweifellos auch in Deutschland findet, etwa im Reichstag auszuposaunen, dazu liegt gar kein Anlaß vor. Das würde auf eitle Ruhmredigkeit hinauskommen. Die Parlamentarier sollen nun einmal keine Festredner, sondern Kritiker und Beschwerdeführer sein. Erwähnt man aber das Gute im Ausland, so geschieht das nicht, um den Weihrauchkessel zu schwingen, sondern es ist das ein unerläßlicher Bestandteil kritischer Reformbestrebungen. Das verschließt uns auch keineswegs die Augen gegen mancherlei Uebelstände im Auslande. Preisen wir einzelne ausländische Einrichtungen als nachahmungswert, so loben wir doch deshalb nicht alles Ausländische in Bausch und Bogen.

Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß gerade unsere Anerkennung ausländischer republikanischer und demokratischer Einrichtungen gegenüber den bei uns zu Lande vorherrschenden monarchischen Zuständen und den Privilegien der Junkerkaste es ist, was den Nutznießern dieser Privilegien in Deutschland besonders auf die Nerven fällt. Sie verschleiern ihr Unbehagen damit, daß sie über sozialdemokratische Umschmeichelung des Auslandes wimmern.

Das ganze krankhafte Unbehagen bei der Lobpreisung irgend welcher besonderer demokratischer Einrichtungen des Auslandes ist überhaupt ein Kennzeichen jenes mangelhaften Selbstgefühls, wie es bureaukratisch gedrillten Politikern anhaftet. Ein freier Mann von selbstsicherem Stolz wird nicht über das Lob fremder Tüchtigkeit aus den Fugen geraten. Gerade die bombastische Ruhmredigkeit, mit der unsre alldeutschen Patrioten ständig ihr „Deutschland, Deutschland über alles" in die Welt hinausschreien, ist kein Zeichen der Stärke, sondern entspringt krähwinkliger Beschränktheit. Sie ist kein Beweis werktätiger Vaterlandsliebe. Indem wir Sozialisten uns eifrig bemühen, unsere Zustände stetig zu bessern unter Einführung aller Einrichtungen, die sich im Auslande als zweckmäßig bewährt haben, erweisen wir uns als die besseren Vaterlandsfreunde.

Die Verunglimpfung wegen „Umschmeichlung des Auslandes", die uns deshalb an den Kopf geworfen wird, ist eine Ausgeburt kleinlicher Philisterhaftigkeit, — um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen.

Die türkische Zersetzung.

Als wir vor einigen Tagen darauf verwiesen, daß der jungtürkische Putsch die Differenzen im türkischen Offizierskorps eher verschärfen denn mildern werde, war nicht vorauszusehen, daß diese Auffassung noch zu optimistisch ist. Die Differenzen in der osmanischen Armee sind durch die jüngsten Ereignisse in Konstantinopel nicht nur verschärft worden, sondern die antijungtürkische Offizierclique scheint sich schon zum offenen blutigen Kampfe gegen die herrschende Clique anzuschicken, wie folgende Meldungen beweisen:

Konstantinopel, 28. Januar. Auf die Nachricht von dem Ausbruch von Zwistigkeiten zwischen den Anhängern der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130129/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG